



- 0.6 Einfriedungen**
- 0.6.1 Die Einfriedungen sind an den Straßenseiten einseitig zu gestalten. Höhe maximal 1,00 m über Straßen- bzw. Gehwegoberkante oder Geländehöhepunkte. Sozialhöhe maximal 10 cm.
- 0.6.2 Die straßenparallelen Zäune der südlich der Wohnstraße B liegenden Grundstücke sind als Holzläufe mit senkrecht angeordneten Latten und verdeckten Pfosten (Furchenstrich nicht deckend) auszuführen. Diese Zäune haben nach Ziffer 10.2.1 die gleiche Höhe wie unter Ziffer 10.2.1. Die Zäune sind nachbarschaftlich abzustimmen. Als Abgrenzung der Vorhöfe sind die Wohnstraßen mit einer Höhe von 2,00 m über Straßenebene zulässig.
- 0.6.3 Die straßenparallele Zaunlinie der nördlich der Wohnstraße B und Planstraße A gelegenen Parzellen liegt mindestens 1,70 m hinter der Grundstücksgrenze. Diese Zäune sind in großen Abständen auszubilden und entsprechen der Ziffer 10.2.1. Die Zäune sind so zu gestalten, daß sie nicht mehr sichtbar sind.
- 0.6.4 Alle übrigen Zäune sind teilweise nach Ziffer 0.6.2 oder Ziffer 0.6.3 auszubilden.
- 0.6.5 Bei den Grundstücken nördlich der Planstraße A und Wohnstraße B sind Stützwehren als Abgrenzung zur Straße nur bis zu einer Höhe von 60 cm zulässig. Zulässige Materialien: Gestein oder Stein, Beton, Backstein, Mauerwerk, Naturstein.
- 0.6.5 Sonstige Stützwehren sind unzulässig. Geländeunterschiede sind abzubauen und zu begrünen. Grenzübergreifende Abmessungen sind nachbarschaftlich abzustimmen.
- 0.7 Willkommen**
- Willkommen sind an den öffentlichen Straßen gut zugänglich anzubringen und in die parzellenspezifische Anlage mit einzuschließen. (Umpflanzung, Umstellen mit Holzzaun oder ähnlichem) Sichtbarer Rasenbereich ist unzulässig.
- Zeichenerklärung für die planlichen Festsetzungen**
- Art der baulichen Nutzung
 - WA Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO
 - Maß der baulichen Nutzung
 - Soweit sich nicht aus sonstigen Festsetzungen geringere Werte ergeben, gilt folgendes:
 - 2.1 zulässige Untergrenze (Höhenbeschränkung) und Erdbeschub § 23 Bauplanungsamt § 4 BauNVO
 - Baulinien, Baugrenze
 - 3.1 — — — — — Baugrenze
 - Verkehrsflächen
 - 4.1 — — — — — Straßenverkehrsflächen mit Mittelband
 - 4.2 — — — — — Fußwege mit Mittelband
 - 4.3 — — — — — Straßenbegrenzungslinie
 - 4.4 — — — — — öffentliche Stellplätze
 - Flächen für Versorgungsanlagen
 - 5.1 (A) Umformstation
 - 5.2 Hochspannungsfeldung 30 kV mit Angabe der von der Bauung freizuhaltenden Fläche

- 0.1 Bauweise**
- 0.1.1 offen
- 0.2 Mindestgröße der Grundstücke**
- anruffähig
- 0.3 Einfriedung**
- Die einseitige Hauptfriesenrichtung verläuft parallel zum Mittelband der Zäune unter 2.1, für untergeordnete Zäune kann die Friesenrichtung parallel zum Mittelband der Zäune unter 2.1 sein. Die Zäune sind so zu gestalten, daß sie nicht mehr sichtbar sind.
- 0.4 Gebäude**
- 0.4.1 Gebäude sind so zu planen, daß unzulässige Abgrabungen oder Anhebungen des natürlichen Geländes nicht erforderlich werden. (Hangbauweise, versetzte Geschosse)
- 0.4.2 Dachform
- Bei Neigungen seitlich mit gleicher Dachneigung vom 25° bis 35° für beide Dachflächen. Bei Über- und Ausbauten bestehender Gebäude sind Dachneigungen nach in der vorhandenen Form zulässig. Für die Parzellen 9 und 10 wird eine Dachneigung von 30° festgelegt.
- 0.4.3 Dachdeckung mit einseitigen Dachflächen, der Fächer für Verbleibung und Höhe 1,00 m über der Dachfläche anzuweisen.
- 0.4.4 Dachneigungen sind zulässig; maximal 2 Stück pro Dachfläche; maximale Maß 1,0 x 1,3 m; als stehende Giebel mit Satteldach; Abstand vom Übergang mindestens 2 m
- 0.4.5 Kniestock bei Neubauten ist unzulässig. Konstruktiver Dachfuß bis maximal 30 cm von DK-Fußboden bis DK-Fußplatte.
- 0.4.6 Dachstuhlhöhe
- Übergang mindestens 80 cm
- 0.4.7 Anlagen zur Nutzung der Sommerhitze sind auf den Dachflächen zulässig, sofern sie sich in die Gestaltung der Dachlandschaft einfügen.
- 0.4.8 Sockel
- Sockelhöhe maximal 30 cm, der Fächerbereich ist dem der Fußflächen anzuweisen.
- 0.4.9 Materialien (außen)
- Außenwände sind zu verputzen, grobe Farbstriche sind unzulässig, ebenso gewaltplastische Putzstrukturen. Fassadenverkleidungen jeder Art, außer mit Holz, sind unzulässig. Baumaterialien an den Außenflächen: Gipsputz, Putz, Holz, Zink, Eisen, Kupfer, Glas, Naturstein, Beton, Stahl, Aluminium, Balkongeländer sind nur in Holz zulässig. Gipsbausteine sind unzulässig.
- 0.4.10 Maximale Wandrahne außen, teilweise von DK-Gelände bis UK-Sperrn gemessen: 6,10 m
- 0.5 Garten und Nebengebäude**
- 0.5.1 Gärten und Nebengebäude sind in Dachform, Dachneigung und Eindeckung dem Hauptgebäude anzupassen. Entgegen § 7, Abs. 5 BzBz ist bei Grenzbebauung auch eine größere Festschneide als zulässig, wenn die Festschneide der Hauptgebäude gegenüber dem Nebengebäude auf 2,50 m nicht überschreitet.
- 0.5.2 Bei den Parzellen 9 und 10 sind die Gärten mit einem Sattelband (Dachneigung 30°) auszubilden und einseitig zu gestalten.
- 0.5.3 Gärten mit flachem Dach sind unzulässig, außer bei unter Ziffer 0.5.4 aufgeführten Parzellen.
- 0.5.4 Die Gärten auf den Parzellen 12 mit 8, 9, 10, 11, 12, 13 sind in die Biechung einzubauen, mit Erdschub abzusichern und anzupflanzen.

- 7. Kinderspielfeld**
- Größe und Ausrichtung hat nach DIN 18034 zu erfolgen.
- 8. Zaunlinie**
- Zaunlinie im Vegetationsbereich der Wohnstraße B
- 9. Begrünung**
- 9.1 öffentliche Grünflächen
- 9.1.1 Pflanzungen im öffentlichen Grün
- 10. Sonstige Festsetzungen**
- 10.1 Flächen für private Stellplätze, die zur Straße hin nicht abgegrenzt werden dürfen.
- 10.2 Flächen für Gärten, Zufahrt in Festschneidung
- 10.2.1 Flächen für Gärten mit festgelegter Festschneidung
- 10.3 Zaunlinie bei Grundstücken südlich der Wohnstraße B
- 10.4 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans
- 10.5 Ausbildung der öffentlichen Verkehrsflächen (Bereich Wohnstraße B)
- Belag: Asphaltbelag rau
- Die hauptsächliche Entwässerungsart ist aus 3 Pfosten bestehende Kleinfestkörper 11/17 zu bilden. Mindestmaß 11/17, 0,8 m hoch mit Asphaltbelag, auszuführen.
- 10.6 Die überflüssigen privaten Stellplätze, Garagenfahrten und Zufahrtswegen der an der Wohnstraße B gelegenen Parzellen ist im Bereich des öffentlichen Verkehrsflächenbereiches asphaltieren. Asphaltbelag rau, Kleinfestkörper.

- 11. Kennzeichnung und rechtsverbindliche Übernahme**
- 11.1 Teilung der Grundstücke im Rahmen einer parzellenspezifischen Einzelklumpung (nicht zu vermissen)
- 11.2 Parzellengrenzen
- 12. Verkehrsflächen der baulichen Festsetzungen**
- 12.1 Flurschwellen mit Grenzstein
- 12.2 Wohngebäude
- 12.3 Werkstätten- und gewerbliche Gebäude (Nebengebäude)
- 12.4 Flurschwellen
- 13. Begrünung**
- bestehende Bäume
- Der Baumstumpf ist zu erhalten und zu pflegen
- 9.2 private Grünflächen
- 9.2.1 offen zu gestalten vorgelassen, mit Einzel- und Gruppenpflanzen, die für 0,6, 2 und 3 m hoch sind, zu bepflanzen.
- 9.2.2 bestehende Bäume
- Der Baumstumpf ist zu erhalten und zu pflegen
- 9.2.3 Pflanzungen im privaten Grün
- Bäume:
- speziell zu den Bäumen laut Ziffer 9.1.1
 - keine Laubbäume
 - keine Nadelbäume
 - keine Obstbäume
 - keine sonstiger Art (Hochstamm)
- Pflanzdichte: Stumpf und Stückzahl nach Plan
- Baumqualifikation: Hochstamm, Stü beliebig
- Sträucher:
- als Zaunpflanzung oder Randpflanzung als
 - Freiwachsende Hecke
- wahlweise sind zu pflanzen: siehe 9.1.1
- Pflanzdichte: 1 Stumpf pro m²
- Gehölzqualifikation: 10 - 100 cm Höhe

- MARKTGEMEINDE WEGSCHEID • LANDKREIS PASSAU • REGIERUNGSBEZIRK NIEDERBAYERN**
- BEBAUUNGSPLAN**
- WEGSCHEID EBENACKER OST**
- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BauNVO vom 17. Nov. 1981 öffentlich zur Einsichtnahme ausgestellt. Der Entwurf wurde am 17. Nov. 1981 beschlossen.
- Die Marktgemeinde Wegscheid hat mit Beschluß des Marktgemeinderates vom 17. Nov. 1981 den Bebauungsplan gemäß § 10 BauNVO und Art. 107 Abs. 4 BayVO als Sitzung beschlossen.
- Die Bestätigung (das Landratsamt, Passau) hat den Bebauungsplan mit Entscheidung (Verfügung) vom 17. Nov. 1981, Nr. 56.345.2/81, gemäß § 11 BauNVO (in Verbindung mit § 1 der Verordnung vom 17. Oktober 1965 (GVL., S. 194)) genehmigt.
- Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 21. Jan. 1982 in der Gemeindeversammlung im Rathaus Wegscheid, Markt, Passau, am 21. Jan. 1982 öffentlich ausgestellt und die Auslegung sind am 21. Jan. 1982 beendet. Der Bebauungsplan ist demnach gemäß § 12 Satz 2 BauNVO rechtskräftig.
- Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 21. Jan. 1982 in der Gemeindeversammlung im Rathaus Wegscheid, Markt, Passau, am 21. Jan. 1982 öffentlich ausgestellt und die Auslegung sind am 21. Jan. 1982 beendet. Der Bebauungsplan ist demnach gemäß § 12 Satz 2 BauNVO rechtskräftig.
- ARCHITEKT
WALTER SCHWETZ
DIPLOM
AM RESIDENZPLATZ
STEININGERGASSE 13
83900 PASSAU
- Planunterlagen: Stand der Vermessung vom Jahre 1981. Nach Anlage des Vermessungsamtes zur genauen Maßentnahme nicht geeignet. Ergänzung des Bebauungsplanes am 17. Nov. 1981 (keine amtliche Maßstabänderung)
- Gezeichnet: 5.8.81 SCHM
- Gezeichnet: 19.8.81 SCHM
- M. 1/1000